

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigepreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 18 Hg., die Reklamezeile 45 Hg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 49

Altensteig, Mittwoch den 19. Februar 1930

53. Jahrgang

England droht dem Freunde

Kein unmittelbarer Einfluß der franz. Regierungstrife auf die Flottenkonferenz — England droht mit Aufrüstung

London, 18. Februar. Aus Kreisen der Konferenz hört man, daß die französische Regierungstrife, falls sie sich nicht über Gebühr in die Länge zieht, keinen unmittelbaren Einfluß auf die hiesigen Verhandlungen haben dürfte. Ein Wandel der französischen Politik auf der Konferenz wird, wie immer sich die Krise innerpolitisch entwickeln mag, nicht erwartet. Unzweifelhaft dürfte die Regelung der Fragen, an denen Frankreich unmittelbar beteiligt ist, verzögert werden, und es läßt sich kaum verkennen, daß die Pariser Krise nicht gerade zur Behebung des augenblicklich auf der Konferenz herrschenden Wirrwarrs beiträgt.

Die Krise auf der Konferenz, die seit der Veröffentlichung der französischen Forderung kaum noch zu verheimlichen war, ist gestern akut geworden. Die englische Abordnung hat durch ihren inoffiziellen Sprecher verlauten lassen, daß die von Lardieu in Vorschlag gebrachten Ziffern die Lage in ernster Weise verwickelt haben. Das System der Tonnageziffern und das Stärkeverhältnis der einzelnen Flotten, wie es in den Veröffentlichungen der verschiedenen Abordnungen zum Ausdruck kam, würde mit sofortiger Wirkung beeinträchtigt, wenn eine Nacht — gemeint ist natürlich Frankreich — mit so großen ziffernmäßigen Forderungen aufträte. Infolgedessen wären

England und Amerika gegenwärtig damit beschäftigt, die Vermehrung ihrer eigenen Tonnageziffern in Erwägung zu ziehen, falls Frankreich auf seinen Forderungen beharrt.

Dies bedeutet, daß die von Amerika und England bereits informell vereinbarte Parität ihrer Schlachtschiffklasse und die Entscheidung der britischen Admiralität, wonach 30 anstatt 70 Kreuzer für die Sicherheit des englischen Reiches hinreichen, gegebenenfalls revidiert werden müssen.

Der amtliche englische Gewährsmann streift auch in bedeutender Weise das

Problem des deutschen Panzerkreuzers

Man könne nicht einsehen, warum Frankreich Schiffe gegen die „Ersatz Preußen“ glaube bauen zu müssen, weil es doch, wenn es jemals das unschuldige Opfer eines Angriffes werden würde, unter den Locarnoverträgen den Schutz der britischen und italienischen Flotte genieße.

Die Frage des deutschen Panzerkreuzers könne auf dieser Konferenz nicht entstehen, sondern höchstens im Rahmen der Besprechungen der vorbereitenden Genfer Abrüstungskommission, deren Mitglied Deutschland sei. Ausdrücklich weigerte sich der Gewährsmann, den Glauben

zu hegen, daß Frankreich das Deutsche Reich zu den hier gepflogenen Besprechungen hinzuzuziehen wünsche, da dies doch letzten Endes auf eine Revision des Versailler Vertrages hinauslaufen würde.

Das Unglaubliche ist Ereignis geworden. Deutschland besitzt einen zu einem Drittel fertiggestellten Panzerkreuzer, der Frankreich den Vorwand gibt, für seine Flotte 70 000 Tonnen neue Panzerkreuzer zu fordern und damit den von England und Amerika geplanten Flottenstopp bis 1936 illusorisch zu machen. England und Amerika andererseits antworteten mit der Gegendrohung, daß auch sie dann möglicherweise auzurüsten gezwungen wären. Bei Japan und Italien darf man eine andere Beurteilung der Lage voraussetzen. Es scheint nur noch, daß behauptet würde, das deutsche Panzerkreuzerdriftel gefährde die Sache der Abrüstung und des Friedens.

Bei der Verlautbarung der britischen Abordnung handelt es sich, nachdem die Versuche Stimson und MacDonald vom letzten Freitag, Lardieu zu einer Herabsetzung seiner Forderung zu bewegen, fehlgeschlagen sind, um einen auf die französische Widerstandskraft berechneten Einschüchterungsversuch. Welche Wirkung dieser haben wird, bleibt abzuwarten.

Vorläufig stellen wir eine heillose Verwirrung der allgemeinen Konferenzlage fest. Der französische Wille, nicht nur die größte Militärmacht der Welt, nicht nur das Land mit den besten Luftstreitkräften, sondern auch eine Seemacht ersten Ranges zu werden, wird nunmehr auch von den hoffnungsfreudigsten Beobachtern der Konferenz nicht mehr bestritten.

Man muß auch nach der Lage der Dinge bezweifeln, ob es Frankreich so sehr darauf ankommt, einen neuen Garantiepakt zu erhalten, den, wie es sehr wohl weiß, England und Amerika kaum zu geben gewillt sind. Auch der englische Sprecher hat betont, daß die Unterhaltung über einen Mittelmeerpakt nicht Sache einer Abrüstungskonferenz sein könne. Man muß also jetzt beinahe annehmen, daß auch die Chimäre des Mittelmeerpaktes den Franzosen nur den Vorwand zur Verhinderung ihrer Rüstungsforderungen bietet. Wenn man also an einen Erfolg der Konferenz im Sinne einer weitgehenden Abrüstung überhaupt noch glauben soll, so gibt es nur die Hoffnung auf eine Wäghung der französischen Wünsche. Tritt diese nicht ein, dann ist die unausbleibliche Folge eine Hebung des englisch-amerikanischen Flottenniveaus und die Verwandlung der Abrüstungskonferenz in eine Aufrüstungskonferenz.

Die württbg. Regierung verfassungsmäßig

In der Begründung führte Reichsgerichtspräsident Dr. Baumt aus: Die Anträge der Sozialdemokratischen Partei betreffen unzulässig Verfassungsstreitigkeiten im Sinne des Artikels 19 der Reichsverfassung. Zur Entscheidung dieses Streites ist der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich berufen, da kein anderes Gericht des Reiches oder des Landes Württemberg dafür zuständig ist und insbesondere der Antrag über die Verfassungswidrigkeit der Landesregierung nicht mit einer Ministeranklage im Sinne des Artikels 38 der württembergischen Verfassung gleichzustellen ist.

Der Antragstellerin ist zuzugeden, daß die Bestimmungen der Artikel 27 und 28 der württembergischen Verfassung über das Erfordernis des Vertrauens des Parlaments an sich die Auslegung zulassen, daß bei der Neubildung des Staatsministeriums durch den Staatspräsidenten dasselbe einer positiven Befundung des Vertrauens des Landtags bedürfte. Namentlich kann ein Verstoß jener Bestimmungen mit der etwas abweichenden Fassung der Bestimmungen des Artikels 54 der Reichsverfassung zu einer solchen Deutung führen. Indessen ist nach dem Wortlaut und dem Zusammenhang der Bestimmungen auch die Auslegung möglich, daß es einer positiven Vertrauensfindung nicht bedürfte, das Staatsministerium oder der einzelne Minister vielmehr nur auf eine Runderhebung des Vertrauens zurückzutreten habe. Für diese letztere Auffassung spricht die Entstehungsgeschichte der Bestimmungen.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Reichsverfassung für die kleineren Verhältnisse der Länder schärfere Anforderungen stellen wollte, als sie im Reich selbst zur Sicherung des parlamentarischen Systems für erforderlich erachtete. Es ist auch unwahrscheinlich, daß der württembergische Landtag bei der Annahme der Landesverfassung an die des Reiches schärfere Bedingungen für die Regierungsbildung habe aufstellen wollen, als das Reich von den Ländern verlangte und für sich selbst als genügend ansah. Da hiernach überwiegende Gründe für eine der herrschenden Auffassungen von Artikel 54 der Reichsverfassung entsprechende Auslegung des Artikels 27 Abs. 2 Satz 2 der

württembergischen Verfassung sprechen, bedurfte das am 8. Juni 1928 abgeordnete württembergische Staatsministerium, insbesondere auch der Kultusminister Dr. Basile, eines Vertrauensbeschlusses oder einer sonstigen Vertrauensfindung des Landtags nicht.

Inaberründet ist auch der Antrag, das Verbleiben des Staatsministeriums im Amt wegen der am 10. Juli 1929 erfolgten Änderung in der Besetzung von drei Abgeordnetenmandaten für die spätere Zeit auf Grund des Artikels 17 Abs. 3 der württ. Verfassung für verfassungswidrig zu erklären. Eine Neuwahl des Staatsministeriums und eine Neubildung des Staatsministeriums hat nach jener Verfassungsbestimmung nur nach der Neuwahl des Landtages stattzufinden. Einer Neuwahl des Landtages kann aber eine Verschiebung in der Besetzung von drei Landtagsmandaten nicht gleichgestellt werden.

Die auf Unültigkeitsklärung des Paragraphen 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung des württembergischen Landtages und der darnach bestimmten Abstimmungsregeln vom 8. Juni 1928 und 19. April 1929 gerichteten Anträge stützen sich auf Paragraph 19 Abs. 1 Satz 2 der württembergischen Verfassung. Dieser besagt indessen nur, daß der Landtag mit Stimmenmehrheit beschließen, nicht dagegen, ob und unter welchen Bedingungen die auf die Abstimmung bezügliche Erklärung der Landtagsmitglieder, als ablehnend oder zustimmend zu werten oder bei Zählung der Stimmen außer Anschlag zu lassen sind. Es kann auch nicht zugegeben werden, daß es dem Sinn der Erklärung, sich der Abstimmung zu enthalten, widerspreche, diese der Ablehnung gleichzustellen. Die Auslegung der Stimmenthaltung als Verneinung gelte umso eher als vertretbar, als neben der einfachen Stimmenthaltung noch die Erklärung, die Abstimmung zu verweigern, möglich ist.

Den Anträgen auf Nichtigkeitsklärung der Stimmgabe Dr. Basilles oder auf Nichtzählung seiner Stimme fehlt es an einer verfassungsrechtlichen Grundlage. Der Satz, daß bei der Abstimmung einer Körperschaft kein Mitglied in eigener Sache stimmen dürfe, steht in dieser Allgemeinheit weder im öffent-

Kurze Uebersicht

„In Berlin wird von einer Krise um die sozialen Fragen und Belastungen im Zusammenhang mit dem Ausgleich des Reichshaushalts gesprochen.“

Ueber die Ausgaben Seite des Haushalts ist im Reichskabinett eine Einigung erzielt worden, für den neuen Panzerkreuzer ist nichts eingeleitet.

Im Youngplan-Anschluß wurde über das Bankgeheiß beraten, wobei seitens der sozialdemokratischen Redner scharf gegen den Reichsbankpräsidenten Stellung genommen wurde.

Der plötzliche Sturz des französischen Kabinetts Lardieu hat namentlich in London auf der Flottenkonferenz Ueberregung hervorgerufen.

Die Frage der Nachfolge von Lardieu ist noch ungeklärt. Präsident Doumergue hat die Verhandlungen zur Kabinettsbildung bereits aufgenommen, aber am Dienstag noch keine Beauftragung erteilt.

Der Staatsgerichtshof in Leipzig hat die Klage der sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtags in allen Punkten zurückgewiesen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt sprach auf der Genfer Zollkonferenz die Unterföhung Deutschlands für Herbeiföhrung eines Zollwaffenstillstands aus.

Die bayerischen Nationalliberalen haben sich von der Gemeinschaft mit den Deutschnationalen getrennt.

In Dorimund ist die anatomische Ausstellung „Der Mensch“ einem Brand zum Opfer gefallen.

lichen noch im bürgerlichen Recht. Sondervorschriften einiger deutscher Landtage lassen sich auf andere Länder nicht ohne weiteres anwenden. Sittenwidrigkeit einer Stimmgabe eines Mitglieds zu dem ihn betreffenden Vertrauensnotum könne nicht vorliegen. Auch kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden, wenn der Abgeordnete und Minister etwa eine mehr oder weniger persönliche Politik betrieben, den Wahlkampf in scharfer Weise geföhrt und sich dadurch scharfen persönlichen Angriffen ausgesetzt habe.

Erweisen sich demnach die Anträge der sozialdemokratischen Partei nach jeder Richtung als unbearbeitet, so kann die Frage dahin gestellt bleiben, ob die Anträge nach der am 12. Januar 1930 vorgenommenen Erweiterung des Staatsministeriums und der damit verbundenen Verbreiterung der Regierungskoalition noch in vollem Umfang gegenwärtig das rechtliche Interesse haben, das bei Einreichung der Klage unweifelhaft vorlag.

Um das Defizit

Kampf um den Sozial-Etat — „Außerordentlich ernste Situation“

Berlin, 18. Febr. Wie die Spätausgabe des „Vorwärts“ mitteilt, ist im Reichskabinett über die Ausgabenansätze im Sozial-Etat keine Einigung erzielt worden. Durch die Mehrheitsbeschlüsse des Kabinetts dürfte kaum das letzte Wort in dieser Sache gesprochen sein. Die Ausgaben für die Wochenhilfe sind von 29 Millionen auf 15 Millionen ermäßigt worden. Von den 40 Millionen, die aus den Sollerträgen für die Zwecke der Sozialversicherung alljährlich zur Verfügung gestellt werden, sind 20 Millionen gestrichen worden. Sie sollen in den Etat 1935 (I) gesetzt werden. Bei den Kapitalabfindungen für Kriegsbeschädigte bleibt es bei der unzulänglichen Summe von 63 Millionen. Der Antrag, den früheren Etat von 88 Millionen wieder herzustellen, wurde abgelehnt. Die Entscheidung über die produktive Erwerbslosenfürsorge wurde einstweilen ausgelegt. Alle diese Entscheidungen wegen des Etats des Arbeitsministeriums sind gegen den entschiedenen Widerstand des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wiffel getroffen worden, der es auch ausdrücklich abgelehnt hat, diese gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder zustandgekommene Beschlüsse des Kabinetts zu vertreten. Das schafft eine außerordentlich ernste Situation. Es ist selbstverständlich, daß die ganze sozialdemokratische Fraktion in diesen Fragen auf der Seite des Arbeitsministers steht.

Berlin, 18. Febr. Im Vordergrund der Besprechungen der sozialdemokratischen Sachverständigen der Regierungsparteien am Dienstag stand nach wie vor der Vorschlag, der Arbeitslosenversicherung durch Verkauf von Vorkzugsaktien der Reichsbahn an die Invaliden- und Angestelltenversicherung die notwendigen Mittel zu beschaffen. Von den Parteien wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht. Schließlich kam man jedoch überein, zunächst einen präzisen Vorschlag des Reichsfinanz- und des Reichsarbeitsministers abzuwarten. In den nächsten Tagen werden die beiden Minister deshalb Besprechungen mit den Präsidenten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und der Invalidenversicherung darüber haben, welche Summen diese beiden Versicherungsanstalten zum Verkauf von Vorkzugsaktien der Reichsbahn freimachen können. Das Ergebnis soll den Sozialpolitikern der Parteien am Donnerstag mittag unterbreitet werden.

Worzheimer Schlachtdachmarkt vom 17. Februar. Aufgetrieben waren 501 Tiere, und zwar 6 Ochsen, 17 Kühe, 32 Rinder, 18 Ferkel, 12 Kälber, 416 Schweine. Marktverlauf: Großvieh langsam, Schweine mäßig belebt. Ueberhand 5 St. Großv. 5 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 52-54, 2. 48-52, Ferkel 1. 52, 2. und 3. 50-48, Kühe 2. u. 3. 40-25, Rinder 1. 53-55, 2. 50-52, Kälber 2. 75-78, 3. 70-74, Schweine 2. und 3. 80-82, 4. 79-81. Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Frucht, Markt- und Verkaufskosten, Umfahrgeld sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Viehpreise, Gaildorf: Ochsen und Stiere 270-715, Kühe 240-305, Rinder und Jungvieh 162-490 Mk. - Ravensburg: Aufstiehrinder und Aufstiehrinder 200-300, Kalbweib 350 bis 600 Mk. - Rottendorf: Kühe 250-450, Kalbweib 450-650, Jungvieh 100-450 Mk. - Weilerstadt: Ochsen 710-800, Stiere 420-685, Kühe 340-620, Kalbweib 520 bis 600, Einsteilvieh 180-410 Mk.

Dehringen, 18. Febr. (Pferdemarkt.) Zufuhr 76 Pferde. Für Pferde schweren Schlags wurde bis 1500 Mk., mittleren Schlags 1000-1200, für leichtere 700-800 Mk. bezahlt. Der Handel war ziemlich lebhaft.

Holz

Holzpreise, Gemeinde Beuren (v. 15. Februar). Los 1 Tannen, Fichten und Föhren 101 Prozent, Los 2 Tannen 103 Prozent, Los 3 Föhren 102,7 Prozent, Los 4 Fichten, Tannen Föhren 102 Prozent, Los 5 Föhren 96 Prozent, Los 6 Scheitholz Föhren 91 Prozent, Los 7 Enzweid Fichten und Tannen 96,5 Prozent, Los 8 Enzweid 91 Prozent.

In den Staatswaldungen des Forstamts Hoffelt wurden beim letzten Verkauf von 952 Fm. Fichten und Tannen 86 Prozent und 338 Qualitätsföhren - 91 Prozent, beim Forstamt Klosterreichenbach von 1086 Fm. Fichten und Tannen = 90 Prozent und 182 Fm. Föhren = 83 Prozent erzielt.

Rundfunk

Donnerstag, 20. Febr.: 6.45 Uhr Morgensymphonie, von 10 bis 12.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 16 Uhr Nachmittagskonzert, 17.45 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 18.05 Uhr Eleonora Duse, 18.35 Uhr Entstellungskämpfungen, 19 Uhr Zeit, 19.05 Uhr Französisch, Unterricht, 19.30 Uhr Blasmusik, 20.15 Uhr Ungarische Volkslieder, 21 Uhr Sonation, 22.40 Uhr Nachrichten, 23.10 Uhr Tanzmusik.

Letzte Nachrichten

Die Biersteuererhöhung gesichert

Berlin, 19. Februar. Ueber die gestrigen Beratungen der Finanzsachverständigen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer berichtet die „Vossische Zeitung“, daß das Zustandekommen der Biersteuer als gesichert gilt, da Bayern keine grundsätzlichen Bedenken gegen diese Steuer zurückstellen beabsichtigt, falls seine Sonderwünsche bei der Rücküberweisung erfüllt werden. - Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge wurde mit Rücksicht auf die layerischen Wünsche die Biersteuererhöhung von 360 auf 180 Millionen Mark reduziert.

Explosionsunglück in New Jersey

Elizabeth (New Jersey), 18. Februar. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich heute in der Alkoholabteilung der Standard Oil Company Anlage in Linden (New Jersey). Durch die Explosion, die einen Brand hervorrief, wurden 5 Personen getötet und über 50 verletzt.

Das Explosionsunglück in New Jersey

Elizabeth, 18. Februar. Nach neueren Meldungen wurden bei der Explosion in den Standard Oil-Anlagen zwei Personen getötet und 63 verletzt, davon viele sehr schwer. Der durch die Explosion hervorgerufene Brand ist jetzt gelöscht. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt.

Die Verlobung der Prinzessin Jleana wird rückgängig gemacht

Bukarest, 18. Februar. Gut informierte Bukarester Kreise nehmen zu den Gerüchten über eine Rückgängigmachung der Verlobung zwischen der Prinzessin Jleana und dem Grafen Hochberg in einer Weise Stellung, die erkennen

Vater sagt zur Mutter:

„Wenn das Mädchen in die Apotheke, in die Drogerie oder ins Reformhaus geht, soll es Pfingst-Balsambonbonbons mit Pfeffer und die kostlose Broschüre nicht vergessen.“

läßt, daß diese im Ausland verbreiteten Nachrichten im wesentlichen der Wahrheit entsprechen dürften. Wenn auch offiziell die Verlobung noch fortbesteht, so scheint doch mit ihrer Aufhebung in kürzester Frist zu rechnen zu sein.

Marineminister Lengués auf der Rückreise nach Paris
Paris, 19. Februar. Marineminister Lengués ist Dienstag abend, aus London kommend, in Calais eingetroffen. Er befindet sich auf der Rückreise nach Paris.

Die Durchsuchung des Liebknecht-Hauses

Berlin, 18. Februar. Der Polizeipräsident teilt mit: Die auf Grund eines Beschlusses des 4. Straßensitzes des Reichsgerichtes heute vorgenommene planmäßige polizeiliche Durchsuchung des Hauses der Kommunistischen Partei (Karl Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28) verlief im allgemeinen reibungslos. Ein Angestellter hatte Druckschriften und anderes Material in einen Koffer verpackt und versuchte, ihn im Fahrstuhl nach dem Zugriff zu entziehen. Das Material wurde sichergestellt. Die Durchsuchung förderte mehrere Zentner Druckmaterial zutage, das sich mit der Zerlegung der Reichswehr und Schutzpolizei befaßt, und außerdem Broschüren und Flugblätter, die auf Grund gerichtlicher Beschlüsse aus zurückliegender Zeit der Beschlagnahme unterliegen. Ferner wurde umfangreiches Material über den verbotenen Roten Frontkämpferbund, zum Teil aus neuester Zeit, gefunden und beschlagnahmt. Die Sichtung des Materials dauert an.

Adolf Köster gestorben

Berlin, 18. Februar. Der deutsche Gesandte in Belgrad Adolf Köster, ist im Alter von 46 Jahren gestorben. Seit Juli 1928 hatte Köster den außerordentlich wichtigen Gesandtenposten in Belgrad, auf dem er schöne Erfolge erzielte, inne. Nahezu sechs Jahre war Gesandter Köster in Riga.

Natürliches Wetter für Donnerstag

Im Nordwesten nähert sich ein Hochdruckgebiet, im Süden liegt eine Depression. Für Donnerstag ist zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Verantwortlicher Schriftleiter Erwin Bollmer.

Altensteig-Dorf.
Langholz-Verkauf.
Die Gemeinde verkauft am Samstag, den 22. ds. Mts. nachmittags 2 Uhr auf dem Rathaus im öffentlichen Aufstreich aus Baiersberg 203,90 Festm.
Lang- und Klobholz
Tannen und Fichten in 5 Losen.
Klebbaher ladet ein
der Gemeinderat.
Den 19. Februar 1930.

Milchvieh-Genossenschaft e.G.m.b.H.
Altensteig und Umgebung.
Einladung
zur 6. ordentlichen
Generalversammlung.
Am Donnerstag, den 27. Februar 1930 findet nachmittags von 2 Uhr an im Gasthaus zum „Dreikönig“ in Altensteig die Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Geschäftsbericht des Vorstehers.
2. Kassenbericht des Rechners.
3. Vortrag der Bilanz, sowie Ergebnis der Revision durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats.
4. Beschlussefassung über die Genehmigung der Bilanz, sowie über den Antrag betr. Entlastung des Vorstands und Rechners.
5. Bekanntgabe des Geschäftsvertrags betr. des zu erbauenden Milchhofs in Worzhelm.
6. Neuwahl für den Aufsichtsrat evtl. Aenderung von § 16 des Statutes.
7. Wünsche und Anträge.

Etwas weitere Anträge zur Tagesordnung müssen spätestens 3 Tage vor der Versammlung beim Unterzeichneten schriftlich eingereicht sein.

Die Jahresrechnung und Bilanz liegt von heute an 8 Tage lang zur Einsicht jedes Genossen bei Rechner Kienzle, Spielberg auf.

Zur Teilnahme an der Versammlung wird jedes Mitglied freundlich eingeladen.

Egenhausen, den 19. Februar 1930.
Für den Vorstand: Vorsteher Kalmbach.

Eine schöne, sommerliche
2-Zimmer-Wohnung
mit Küche hat zu vermieten.
Wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bts.

Württ. Forstamt Altensteig
Rutz- und Brennholzverkauf.
Am Freitag, den 21. Februar 1930, nachmittags 3 Uhr in Egenhausen in der „Krone“ aus Staatswald Distr. III. Abt. 1 und IV. Abt. 2. 6. 8. 13., 16 Km. Späther; Distr. V. Hofnerwald Abt. 1 Rot, 4 Hirschgraben, 5 Pfaffenhalde, sowie Scheidholz aus Distr. V., 1 Km. So. Koller, 6 Km. Prügell., 53 Km. Anbr., 198 Km. Reiffig auf Hausen, 16 Los dreif. Reiffig und 1 Los Schlagraum. Anschließend aus dem ganzen Forstbezirk 52 Fm. 8 I. Kl., 25 II. Kl., 32 III. Kl., 1 IV. Kl.

Drabtgeflechte
Drähte aller Art
Drabtblitze
billigt bei
Berg & Schmid
Nagold.

Inserate
haben jederzeit besten Erfolg!

Verkaufe einen Posten
Ledergamaschen
äußerst billig von M 4.50 an
sowie eine zurückgesetzte Partie
Schuhwaren
zu sehr niedrigen Preisen.
Max Kappler, Pfalzgrafenweiler.

Musik-Verein
Altensteig
Heute abend
Liederbücher
mitbringen.
Tüchtiger
Schneider-Gehilfe
kann sofort eintreten bei
Hr. Bülle, Maßgeschäft
Altensteig

Altensteig
Einen guten, haltbaren, transportablen eisernen
Badofen
hat billig zu verkaufen
Carl Moser.

Wer verkauft sein Haus
eoll. mit Geschäft oder sonstigem Anwesen hier oder Umgebung? Nur Angebote direkt von Besitzern unter V 22 an den Verlag
Haus- und Grundbesitz
Frankfurt a. M., Zeit 51.

Graue Haare
erhalten Naturfarbe u. Jugendfrische ohne zu färben. Seit 20 Jahren glänzend bewährt.
Näheres kostenlos.
Sanitas, Zirndorf / Bay.
Fürtherstr. 30.

Auskunft
über Einreisebestimmungen, Schiffsverbindungen und Fahrkarten nach
Canada
durch
Norddeutscher Lloyd Bremen
und seine sämtlichen Vertretungen
in Nagold: Berg & Schmid, Marktstraße 204
in Stuttgart: Norddeutscher Lloyd Gen.-Ag für Württemberg, Königstr.

Derjenige
der mit sein Fahrrad zur Weiterbeförderung nach Altensteig zuschickte (zur Reparatur) fordere ich auf, bis zum 23. d. M. dies unverzüglich bei mir abzuholen.
Christ. Epple, Pfalzgrafenweiler.

Altensteig, den 18. Februar 1930.
Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgang meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Adam Frey
Sonnenuirt
sowie für die vielen Nachrufe am Grabe, sagen herzlichsten Dank
die Wittin: Anna Frey
mit ihren Kindern.

Kammerjäger Fland kommt die nächsten Tage nach hier und Umgebung und vertilgt Ratten, Mäuse, Wanzen, Schwaben, Rassen, sowie sonstiges Ungeleser unter schriftlicher Garantie. Bestellungen bitte gefl. durch die Geschäftsstelle des Blattes.

